

Podiumsdiskussion: 12 Prozent Rendite sind ein Diebstahl an der Allgemeinheit

18.12.2018

Derzeit läuft der Dokumentarfilm „Der marktgerechte Patient“ in den Programmkinos. Im Haus am Dom in Frankfurt hat dazu Ende November eine Podiumsdiskussion mit Dr. Susanne Johna, Landesverbandsvorsitzende des MB Hessen und Dr. Bernd Hontschik, Chirurg und Mitwirkender im Film stattgefunden.

Der sehenswerte Film, der stark von O-Tönen getragen wird und keine Einzelschicksale zeigt, sondern eine Systemfrage stellt, wurde in einigen Ausschnitten während der Diskussion gezeigt. Ein Fokus des Films und der Diskussion waren die 2004 eingeführten Fallpauschalen, die zu der Ökonomisierung im Gesundheitswesen geführt und etwa die Liegezeiten in den Krankenhäusern halbiert haben – von 14 auf 7 Tage. Zudem wurde kritisiert, dass die Länder zu wenig in Kliniken investieren, statt 6 Milliarden Euro sind es derzeit nur 3 Milliarden Euro im Jahr.

Ausschnitt einer Katastrophe

„Der Film stellt einen Ausschnitt aus einer Gesamtkatastrophe dar“, sagte Hontschik. „Wenn das Land nicht Investitionen tätigt, gehen Krankenhäuser kaputt.“ Sie würden dann heruntergewirtschaftet und könnten an private Klinikketten verkauft werden, wie das Klinikum in Offenbach an Sana oder das UKGM an Rhön. Stationen, die dann keine schwarzen Zahlen

schreiben, würden einfach geschlossen und die Mitarbeiter nicht nach Tarif bezahlt um Gewinne zu erwirtschaften, so Hontschik. „Unser Gesundheitssystem wird aber aus den Krankenkassenbeiträgen finanziert, da sind 12 Prozent Rendite, die einige private Krankenhäuser erwirtschaften, ein Diebstahl an der Allgemeinheit“, sagte Hontschik. „Das Gesundheitssystem erscheint derzeit wie ein Tanker ohne Steuermann“, ergänzte Johna, „unser Gesundheitssystem ist Teil unserer sozialen Marktwirtschaft und braucht somit klare Regeln. Solange die nicht vorliegen, wird privates Kapital weiter versuchen maximale Rendite zu erzielen.“

Personaluntergrenzen festlegen

„Wir haben ein Problem: Doch wie führt der Weg raus?“, fragte Johna. „Alle Personalkosten müssten aus den Fallpauschalen rausgerechnet werden“, so Johna. Weitere Vorschläge an diesem Abend waren unter anderem: Personaluntergrenzen festlegen und verbieten, dass Gewinne aus dem Gesundheitssystem herausgezogen werden. „Man kann Krankenhäuser wie Non-Profit-Unternehmen führen, wie die Niederlande beispielsweise zeigen“, berichtete Johna, „das ist eine Frage des politischen Willens.“

Autor: mn